DER STACHEL EXTRA

Zeitschrift des Juso-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde

Kommunalwahl

25. Mai 2008

Deine Stimme zählt!

Inhalt & Impressum

Vorwort.
Weise Worte von Elena und Götz
Seite 3

Perspektiven.
Was wir wollen!
Seite 4/5

Wir politisch ist Kommunalpolitik?
Schluss mit dem Konsensgekuschel!
Seite 6/7

Kleines Lexikon zur Kommunalwahl.
Genosse Besserwisser
Seite 8-11

Unsere Kandidaten.
Thomas und Gerrit
Seite 12/13

Impressum

DER STACHEL

Herausgeber:
Juso-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde,
Elena Pieper (V.i.S.d.P.),
Kleiner Kuhberg 28-30,
24103 Kiel,
www.jusos-rd-eck.de
Chefredaktion:
Götz Borchert,
goetz@jusos-rd-eck.de
Redaktion:
Elena Pieper,
Thomas Stegemann
(Jusos_rd-eck@web.de)
Layout:
Sascha Paetznick
Auflage:
6000
Druck:
Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel

Kommunal-Jusos.
Die neue Funktionärselite
Seite 14-19

Frank Martens
Jagt Dr. Ancken
Seite 20

Andreas Breitner und die SGK
Ein Interview
Seite 21/22

Adressen
Wie ihr uns erreicht!
Seite 23

Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aus Rendsburg-Eckernförde begreifen dieses Datum als Chance, unsere Region zu verändern.

Im Moment hat die CDU in vielen Gemeinden die absolute Mehrheit und bestimmt wichtige Entscheidungen. Das hat dazu geführt, dass in wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Jugendarbeit und Angeboten für Familien Geld gestrichen wurde. Auch wurde öffentliches Eigentum an private Investoren verscherbelt. Diese Politik wollen wir ändern! Wir Jusos setzen und für mehr Solidarität und Demokratie in den Städten und Gemeinden Rendsburg-Eckernfördes ein. Genaueres zu unseren kommunalpoltischen Positionen könnt ihr auf den Seiten 4 und 5 nachlesen.

In dieser STACHEL-Sonderausgabe zur Kommunalwahl möchten wir euch außerdem unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderäte und den Kreistag in Rendsburg-Eckernförde vorstellen. Das Durchschnittsalter in den Gemeinderäten wird immer älter. Diesen Trend wollen wir Jusos stoppen und uns vor Ort besonders für die Interessen von Jugendlichen einsetzen!

Falls das eure erste Kommunalwahl ist: Kein Problem! Alles wichtige zur Wahl und den Gremien der Gemeinden und des Kreises findet ihr ab Seite 8. Denn das Wichtigste ist, dass ihr überhaupt wählen geht! Wenn ihr euch dann noch für eineN unserer KandidatInnen entscheidet, habt ihr alles richtig gemacht! :)

Viel Spaß beim Lesen!
Mit roten Grüßen,

Elena Pieper
Kreisvorsitzende der Jusos Rd-Eck

Götz Borchert
STACHEL-Chefredakteur

Perspektiven.
Unser Programm zur Kommunalwahl 2008

Die Welt verändern beginnt vor deiner Haustür!

Am 25.05.2008 finden in ganz Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt. Wir Jusos sehen dieses Datum als Chance, hier vor Ort endlich etwas zu verändern, denn Baustellen gibt es genug. Gerade die Kommunen sind der Ort, in denen uns Politik am meisten direkt betrifft und wir die Möglichkeit haben, konkret etwas zu verändern.

In den letzten Jahren ist in ganz Deutschland die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinander gegangen; eine Entwicklung, die wir auch hier vor Ort ganz genau sehen können. Die Politik der CDU in den Stadt- und Gemeinderäten hat diese Entwicklung nicht abgemildert, sondern im Gegenteil noch verschärft. Deshalb wollen wir unsere Mehrheiten zurückholen und die Nachteile der lohnabhängigen arbeitenden Bevölkerung gegenüber den einkommensstarken Bürgerinnen und Bürgern zu beseitigen. Die Ziele des demokratischen Sozialismus Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität dürfen auch vor der Haustür keine leeren Worthülsen bleiben!

Her mit der Demokratie!

Wir wollen mehr Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden in Rendsburg-Eckernförde! Die Bürgerinnen und Bürger müssen in Entscheidungen mehr und besser eingebunden werden. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Die Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins sieht vor, dass Kinder und Jugendliche bei allen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden müssen. Das muss endlich auch in die Praxis umgesetzt werden, denn fast alle Entscheidungen, die in einer Stadt oder Gemeinde getroffen werden, betreffen auch Kinder und Jugendliche. Wir werden uns massiv dafür einsetzen, dass diese Beteiligung über Jugendbeiräte und langweilige „Jugendversammlungen“ hinausgeht. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, Einfluss auf die Entscheidungen vor Ort zu nehmen.

Mehr für die Zukunft!

Jugendarbeit ist nicht nur dazu da, Jugendliche „von der Straße“ zu holen, sondern, damit Jugendliche ihre Freizeit aktiv selbst gestalten können. Sie muss Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich zu mündigen und kritischen Erwachsenen zu entwickeln, ohne sie dabei Zwängen oder Leistungsdruck auszusetzen. Wir fordern eine vielfältige und facettenreiche Jugendarbeit, die auch von Jugendlichen selbst gestaltet wird. Hierzu muss sich Jugendarbeit aber nach den Bedürfnissen der Jugendlichen richten, z.B. wenn es um Öffnungszeiten von Jugendzentren und -räumen geht. Insgesamt fordern wir den Erhalt und die Neueinrichtung von Jugendzentren in den Kommunen durch kommunale Zuschüsse oder Trägerschaft. Auch selbstverwaltete Jugendzentren tragen einen entscheidenden Teil zur Vielfalt in der Jugendarbeit jenseits des gesellschaftlichen Mainstreams bei. Deswegen müssen auch diese Projekte erhalten und neue unterstützt werden.

Her mit den gleichen Chancen für alle!

Mit der kürzlich beschlossenen Schulreform ist der Anfang zur Überwindung des ungerechten dreigliedrigen Schulsystems gemacht. Die Kommune kann ihren Teil zu mehr Chancengleichheit beitragen, indem sie Gemeinschaftsschulen anstatt Regionalschulen einführt. Wir werden dafür kämpfen, dass die Gemeinschaftsschule end-

lich zur Regelschule wird und so alle Schülerinnen und Schüler die gleiche Chance auf einen guten Bildungsabschluss haben - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft! Nur so kann unsere Gesellschaft gerechter werden, denn die Bildung entscheidet über den weiteren Lebensweg und eröffnet berufliche Chancen.

Nein zu Privatisierungen!

Der Staat hat, finanziert durch Steuern, eine öffentliche und für jedeN zugängliche Infrastruktur aufgebaut, die CDU und FDP an private Investoren verscherbeln wollen, da diese angeblich besser wirtschaften und Kapital mitbringen. Das ist falsch! Die Erfahrung hat gezeigt, dass beispielsweise die Müllentsorgungsunternehmen, die in den letzten Jahren an vielen Orten privatisiert wurden, jetzt von den Kommunen wieder zurückgekauft werden, weil die Preise seit der Privatisierung enorm gestiegen sind.

Was Privatisierungen für die Menschen bedeuten, ist klar. Wir wollen keine Gesundheitsversorgung nur für Reiche, wozu eine Privatisierung der Kreiskrankenhäuser führen würde. Wir wollen keinen Verkauf des Kreishafens! Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass bereits verkaufte Einrichtungen von den Städten und Gemeinden wieder zurückgekauft werden. Wir wollen handlungsfähige Städte und Gemeinden, die bestehende Ungerechtigkeiten entgegenwirken können.

Alle anders, alle gleich!

Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes Deutschland. Wir müssen stärker aufeinander zugehen, uns von unseren Vorurteilen lösen. Alle Menschen müssen eine faire Chance bekommen, in die Mitte der Gesellschaft aufgenommen zu werden. Dies gilt für Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie z.B. für Menschen mit Behinderungen. Auch führt eine sich durch Arbeitslosigkeit und Hartz IV immer weiter ausbreitende Armut dazu, dass Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und in der kapitalistischen Verwertungslogik nicht mehr mithalten können. Das muss durch mehr Angebote der Kommunen und eine gerechte Umverteilungspolitik endlich geändert werden. Gerade vor Ort und nah bei den Menschen kann gut beurteilt werden, wo die Integrationsprobleme liegen und wie man sie lösen kann.

Freiheit!

In Deutschland erleben wir gerade eine beispiellose Debatte über die Einschränkung von Grundrechten. Vorgeblich, um mehr „Sicherheit“ vor Kriminalität und Terrorismus zu schaffen, will die CDU Daten auf Vorrat speichern, Festplatten online durchsuchen und Soldaten im Innern einsetzen. Auch bis zur kommunalen Ebene ist dieses Thema durchgedrungen. Viele Vorschläge zur Überwachung sind in der letzten Zeit auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde diskutiert worden. Dabei geht es vor allem um Videoüberwachung öffentlicher Gebäude, Schulen und Plätze. Leider hat sich bezüglich dieses Themas auch in der SPD in den letzten Jahren eine schleichende Rechtswende vollzogen. Wir wollen den Ausbau, nicht die Einschränkung von Grundrechten. Die Videoüberwachung stellt eine massive Verletzung der persönlichen Freiheit dar; Jugendliche und andere Überwachte werden zu potentiellen Verdächtigen gemacht. Zudem kann Videoüberwachung Probleme mit Gewalt und Kriminalität nicht lösen, sondern verdrängt sie nur in nicht überwachte Gebiete!

Wie politisch ist Kommunalpolitik?

„Nun lassen wir doch diese parteipolitischen Hahnenkämpfe, wir wollen doch eigentlich das gleiche.“ oder „Das Wohl der Gemeinde kennt keine Parteipolitik.“ Das sind Sätze, die wir von altgedienten KommunalpolitikerInnen manchmal hören. Aber spielen Parteigrenzen bei kommunalpolitischen Entscheidungen tatsächlich keine Rolle? Gibt es das eine, objektiv richtige Wohl für unsere Kommunen?

von Elena Pieper

Die Kommunen, also die Gemeinden und Städte, sind die Keimzellen der Demokratie. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, bei repräsentativen Wahlen, aber auch direktdemokratisch durch BürgerInnenentscheide oder -begehren über das zu entscheiden, was vor ihrer Haustür passiert. Ein großer Teil ehrenamtlichen Engagements findet in den Kommunen statt. Aber dennoch erscheinen manche Gemeinde- und Stadträte seltsam entrückt von dem tatsächlichen Leben in der Kommune. Häufig sind sie besetzt mit Abgeordneten, die schon seit Jahrzehnten in der Kommunalpolitik aktiv sind und die Entscheidungen im Gemeinderat werden meist einstimmig beschlossen, obwohl es Fraktionen mehrerer Parteien gibt.

SPD-Wahlplakat von 1932

Als Begründung hört mensch auf Nachfrage häufig Sätze wie: „Kommunalpolitik ist eben nicht politisch. Hier geht es um die Sache.“ Solche „Sachen“ sind dann vielleicht der Haushalt der Gemeinde, die Privatisierung des Müllentsorgungsunternehmens oder der Bau eines so genannten „Nahversorgungszentrums“ (auch: Supermarkt). Aber sind solche Entscheidungen wirklich unpolitisch? Nehmen wir das Beispiel Müllentsorgung: Die Gemeinde verkauft das Müllentsorgungesunternehmen mit der Begründung, die Einnahmen aus dem Verkauf kämen dem Gemeindehaushalt zu Gute und ohnehin könne die Müllentsorgung von einem privaten Investor sicher effizienter organisiert werden. Allein schon diese Begründung birgt eine politische Aussage, denn sie beinhaltet die Botschaft: Der Markt kann alles besser. Konkret geht es aber um die Auswirkungen, die eine solche Entscheidung auf die Bürgerinnen und Bürger hat. Denn es betrifft die Menschen ja schon, wenn der Müll plötzlich nur noch alle zwei Wochen abgeholt wird oder die Preise für die Entsorgung steigen, dafür aber der Gemeindehaushalt die nächsten zwei Jahre besser dasteht. Aber was ist denn nun „das eine Wohl der Gemeinde“? Ein für kurze Zeit

ausgeglichener Haushalt? Die günstige Müllentsorgung oder Gesundheitsversorgung oder Kita-Plätze für alle?

Auf diese Frage gibt es, je nach politischer Ausrichtung, viele verschiedene Antworten. Und die Bürgerinnen und Bürger müssen darüber entscheiden, was sie für ihre Gemeinde wollen. Und dafür müssen sie auch vor politische Alternativen gestellt werden. Wem nützt es, wenn die Ratsdamen und -herren sich immer wunderbar einig sind und dafür die WählerInnen bei der Kommunalwahl nicht wissen, wo eigentlich der Unterschied zwischen den einzelnen Parteien liegt? Politik findet auf kommunaler Ebene für alle am spürbarsten statt. Deshalb ist es wichtig, dass die KommunalpolitikerInnen über eine breite Legitimation verfügen, die sie nur über eine hohe Wahlbeteiligung erhalten können. Und dafür braucht es klare politische Alternativen.

SPD-Wahlplakat von 1932

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Euch haben bei den kommenden Kommunalwahlen zum ersten Mal die Gelegenheit zu wählen. Wir möchten Euch die wichtigsten Begriffe zur Wahl kurz erklären.
Leider reichte der Platz nicht für eine umfassendere Information. Wenn ihr weitere Fragen zur Wahl oder zur Kommunalpolitik im Allgemeinen habt, wendet Euch gerne an den Autor Götz Borchert (goetz.borchert@gmx.de).

Kleines Lexikon zu den Kommunalwahlen

Kommunalwahl:
Die Kommunalwahl erfüllt einen Verfassungsauftrag, der bereits in unserem Grundgesetz geregelt ist, nämlich dass Kreise und Gemeinden eine eigene Volksvertretung haben müssen. Diese Gemeindevertretungen/Gemeinderäte/Stadträte werden nach den Grundsätzen der allgemeinen (jede/r darf wählen), freien (jede/r ist frei zu wählen und in der Entscheidung wen er/sie wählt), geheimen, gleichen (jede Stimme zählt gleich viel) und unmittelbaren (die Stimme bestimmt direkt die Zusammensetzung des Kommunalparlaments) Wahl gewählt. Statt der 5%-Klausel gibt es in Schleswig-Holstein bei dieser Wahl zum ersten Mal gar keine Sperrklausel bei der Zuteilung von Mandaten. Die Wahlperiode beträgt 5 Jahre.

SPD-Wahlplakat von 1928

Das aktive Wahlrecht wird ab 16 Jahren gewährt, auch Ausländer mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Staates sind wahlberechtigt, das passive Wahlrecht, also die Möglichkeit sich selbst zur Wahl zu stellen, gibt es ab 18 Jahren.
Die Kommunalwahlen gestatten wegen der begrenzten Materie des Kommunalrechts auch Wählergruppen, die nicht Parteien sind, an den Wahlen teilzunehmen.
Es treten also unter Umständen nicht nur verschiedene Parteien, sondern auch andere Gruppen, etwa Wählergemeinschaften, auf.
Am 25. Mai finden in Rendsburg-Eckernförde drei Wahlen statt. Du bekommst im jeweiligen Wahllokal also auch drei Wahlzettel ausgehändigt:

1. Die Kreistagswahl:
Der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist für die Wahl in 29 Wahlkreise eingeteilt. In jedem Wahlkreis wird ein/e Direktkandidat/in gewählt. Jede/r Wähler/in hat eine Stimme. Diese Stimme gilt für den/die Direktkandidat/in und gleichzeitig für deren/dessen Partei und die jeweilige Liste, nach der weitere Abgeordnete in den Kreistag einziehen. Diese Listen haben die Parteien vor der Wahl auf einem Parteitag festgelegt. In jedem Wahlkreis wird die/der Kandidat/in mit den meisten Stimmen direkt gewählt. Auf diese Weise ist aus jedem Wahlkreis mindestens eine Person im Kreistag vertreten. Andere Abgeordnete ziehen in der Reihenfolge der erwähnten Parteilisten nach. Die Anzahl der Sitze, die eine Partei

im Kreistag erhält, ergibt sich aus dem Verhältnis, in dem die Parteien im gesamten Kreis gewählt wurden.

2. Wahlen zu Stadträten/Gemeinderäten/ Gemeindevertretungen:
Hier haben die Wähler/innen unterschiedlich viele Stimmen je nach Kommune. Wie bei der Kreistagswahl gilt jede Stimme sowohl für die/ den Direktkandidaten/in als auch für deren/dessen Partei. Das Prinzip der Sitzverteilung verläuft wie bei der Kreistagswahl.

3. Die Landratswahl:
Der Landrat wird direkt gewählt. Zur Wahl eines Landrats ist die absolute Mehrheit (das sind mindestens 50% der abgegebenen Stimmen) notwendig. Erreicht kein Kandidat diese Mehrheit. Gibt es zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten eine Stichwahl. Jede/r Wähler/in hat eine Stimme, kann also einen der zur Wahl stehenden Kandidaten wählen. Für die SPD kandidiert Frank Martens.

SPD-Wahlplakat von 1924

Kreistag:
Der Kreistag ist in Deutschland die kommunale Vertretungskörperschaft innerhalb der Kreisverwaltungen. Er setzt sich aus den gewählten Kreistagsmitgliedern zusammen. Nach allen Kommunalverfassungen in Deutschland ist der Kreistag stets das Hauptorgan des Kreises. Er entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten des Kreises und kann Grundsätze für die Verwaltung des Kreises festlegen (Richtlinienkompetenz). Im Gegensatz hierzu führt der/die Landrat/Landrätin die laufenden Geschäfte und führt die Beschlüsse des Kreistages aus. Den Vorsitz im Kreistag führt der/die Kreispräsident/in.
Der Kreistag bildet als Pflichtausschüsse, nach den meisten Länderregelungen den Kreisausschuss als

SPD-Wahlplakat von 1930

wichtigsten Ausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss, sowie nach Bundesrecht den Jugendhilfeausschuss. Er kann weitere Ausschüsse für bestimmte Aufgabenbereiche zur Vorbereitung seiner Beschlüsse oder zur abschließenden Entscheidung bilden.

Gemeindevertretung/Gemeinderat/ Stadtrat:
Die Gemeindevertretung (auch Gemeinderat, in Städten: Stadtrat) ist das Hauptorgan einer Kommune. Sie stellt die Vertretung der Gemeindebürgerinnen und Bürger (kommunale Volksvertre-

SPD-Wahlplakat von 1928

tung) dar. Die Bezeichnung ist in den verschiedenen deutschen Ländern und auch innerhalb derselben je nach Größe und Status der Gemeinde verschieden. Hier werden politische Entscheidungen getroffen.

Landrat/Landrätin:
Landrat/Landrätin ist ein Organ und der/die Hauptverwaltungsbeamte/r eines Kreises. Er/sie vertritt den Kreis nach außen. "Der Landrat" ist auch die Bezeichnung der von ihm/ihr geleiteten Behörde, der Kreisverwaltung. Er/Sie wird derzeit noch direkt gewählt.

BürgermeisterIn (ehrenamtlich/hauptamtlich):
BürgermeisterIn ist das Oberhaupt einer Gemeinde oder Stadt. Er/sie wird je nach Land direkt von den Bürgerinnen und Bürgern (hauptamtlich) oder vom Stadt-/Gemeinderat (ehrenamtlich) gewählt. In größeren Städten in Deutschland gibt es mehrere Bürgermeister/innen, die einem/r OberbürgermeisterIn beigeordnet und meist für spezielle Aufgabengebiete verantwortlich sind.
Der Begriff Der/Die (Ober-)BürgermeisterIn ist auch meist, analog zum Landrat die Behördenbezeichnung für die Gemeinde-/ Stadtverwaltung der jeweiligen Gemeinde/Stadt.

BürgervorsteherIn, KreispräsidentIn, StadtpräsidentIn:
BürgervorsteherIn ist ein kommunalpolitisches Amt auf ehrenamtlicher Basis in Schleswig-Holsteins amtsfreien Städten und Gemeinden. Ihm/ihr entspricht in den Kreisen der/die KreispräsidentIn und in den kreisfreien Städten der/die StadtpräsidentIn.
Der/die BürgervorsteherIn hat den Vorsitz der Gemeindevertretung inne und wird aus ihrer Mitte gewählt. Er/sie lädt zu den Sitzungen der Gemeindevertretung ein, setzt die Tagesordnung fest, leitet die Sitzungen und ist verantwortlich für deren ordnungsgemäßen Ablauf.
Zu seinem/ihrem Aufgabengebiet gehört es weiter, die Belange der Gemeindevertretung gegen-

SPD-Wahlplakat von 1930

über dem/der BürgermeisterIn sowie gerichtlichen Verfahren zu vertreten.
Ihm/ihr obliegt die Einberufung und Leitung der Einwohnerversammlung und der Jugendversammlung.
Zusammen beziehungsweise in Abstimmung mit dem/der BürgermeisterIn vertritt er/sie die Gemeinde bei öffentlichen Anlässen.

Kommunen:
Gemeinden, politische Gemeinden oder Kommunen haben innerhalb eines festgelegten Gebietes bestimmte Rechte und Pflichten.
Sie haben freiwillige und Pflichtaufgaben. Zu den Pflichtaufgaben sind sie per Gesetz verpflichtet. Sie müssen diese durch die Verwaltung oder Dritte erfüllen, sie betreffen vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge (Energie, Strom, Trink- und Abwasser, Müllentsorgung, Kinderbetreuung). Freiwillige Aufgaben sind diesen nachgeordnet, sie betreffen kulturelle Belange, Unterstützung von Vereinen, Unterhaltung einer Volkshochschule, soziale Einrichtungen und Ähnliches.

Bauleitpläne:
Es gibt zwei Arten von Bauleitplänen, die der Bebauung von Gemeindeflächen zu Grunde liegen. Einmal den vorbereitenden Flächennutzungsplan. Dieser bildet in groben Zügen die Bebauung der gesamten Gemeinde ab: Wo kommen Straßen hin, wo Bau- und Wohngebiete. Diese Pläne sind wichtig für eine sinnvolle Zukunftsentwicklung. Aus dem groben Plan heraus entstehen konkrete Bebauungspläne für einzelne Grundstücke. Bebauungspläne sind das Herzstück der kommunalen Planungshoheit. Es werden verbindliche Nutzungsmöglichkeiten für Grundstücke festgesetzt. Sie sind sehr detailliert und regeln Höhe, Art und Nutzung von Gebäuden. Sie schreiben also rechtsgültig vor, welche Art der Bebauung dort vorgenommen werden

SPD-Wahlplakat von 1920

darf (Wohn-, Gewerbe- oder Sondergebiet), wie das Maß der Bebauung auszusehen hat (wie viel Fläche darf wie bebaut werden?) und wie genau die öffentliche Infrastruktur konzipiert ist - also: Wo kommt der Kindergarten hin, wie sehen die Straßen konkret aus?

Amt:
Ämter sind Verwaltungsgemeinschaften. Ein Amt besteht aus mehreren Gemeinden und hat eine gemeinsame Verwaltung. Größere Gemeinden, die eine eigene Verwaltung haben, nennt man „amtsfrei“. Ein Amt ist keine Gebietskörperschaft im rechtlichen Sinne, sondern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit besonderer Aufgabenstellung.
Nach Bildung des Landes Schleswig-Holstein wurden 1948 die Amtsbezirke aufgelöst und Ämter als neue Verwaltungseinheiten für Gemeinden unter 1.000 Einwohnern geschaffen, wobei jedes Amt mindestens 5.000 Einwohner haben sollte (Ämterordnung von 1947). Seit 2008 umfassen die Einheiten mindestens 9.000 Einwohner, was zu einer Welle von Zusammenschlüssen und Verwaltungsgemeinschaften geführt hat.

Auf dieser Doppelseite wollen wir euch zwei unserer jungen Kreistagskandidaten vorstellen.
Thomas ist Direktkandidat in Gettorf (Wahlkreis 21) und steht auf Listenplatz 8, **Gerrit** steht auf Listenplatz 19 und kandidiert in Büdelsdorf (Wahlkreis 4) direkt.

Thomas Stegemann

Der Kreistag in Rendsburg-Eckernförde wird am 25. Mai ebenfalls neu gewählt. Ich kandidiere hierfür im Wahlkreis 21(Gettorf, Neudorf-Bornstein, Altenhof und ein Teil von Eckernförde.)
Ich bin 21 Jahre alt und studiere Materialwissenschaft an der Christian-Albrechts Universtität zu Kiel. Wohnhaft bin ich Revensdorf.(Gemeinde Lindau)

Die Kommunalwahl ist eine Chance linke Politik in die Gemeinden und den Kreis zu tragen. Nur wenn es gelingt die konservativen Mehrheiten in den Kommunen zu brechen, können wir ein linkes politisches Projekt auch wirklich durchsetzen.

Ein linkes politische Projekt auf Gemeinde- und Kreisebene beeinhaltet unter anderem die Ablehnung jeglicher Privatisierungsfantasien. Die Kreiskrankenhäuser, der Kreishafen und die Kreisseniorenheime sollen Eigentum der Bürgerinnen und Bürger bleiben und nicht an profitorientierte Unternehmen gehen.

Die Errichtung von Gemeinschaftsschulen im gesamten Kreisgebiet ist nicht nur ein wichtiger Schritt um die Bildungsangebote zu verbessern, sondern eine langfristige Strategie zur Überwindung von sozialer Spaltung und Bildungsarmut.

Die Stärkung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) ist ein wichtiger Schritt um den Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht nur näher zusammenrücken zulassen, sondern auch um den ökologischen Charakter der Region auszubauen. Eine vernünftige und preiswerte Busanbindung der kleineren Gemeinden würde die Region gerade für die Jugend attraktiver machen und Eltern entlasten.

Gerrit van den Toren

Moin, moin!

Im Verlauf der nächsten Zeilen werde ich versuchen mich Dir vorzustellen, damit Du weißt, wer mit deiner Unterstützung unsere gemeinsamen Ziele im nächsten Kreistag ab dem 25. Mai 2008 mit vertreten wird.

Ich heiße Gerrit van den Toren und und werde am 5. August 32 Jahre alt. Ich wohne mit meiner Freundin seit neun zusammen in Rendsburg, von wo aus ich jeden Tag zur Universität Hamburg per Bahn fahre. Bevor ich mit dem Studium der Sozialökonomie 2005 anfing, war ich als gelernter Werkzeugmechaniker 10 Jahre für die Firmen Lego Werkzeugbau – später umfirmiert in AmTec – in Hohenwestedt tätig.
Ich habe nach einem gewonnenen Rechtsstreit mit meinem ehemaligen Arbeitgeber, welcher mich als Gründer des ersten Betriebsrates strafend entlassen hatte, die Firma verlassen und dann mit dem Studium begonnen.
Ich habe mich für einen interdiziplinären Studiengang, der die Bereiche Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaftslehre umfasst entschieden, damit ich für besser verstehen kann, wie die Gesellschaft sich bewegen lässt und was diese Bewegungen beeinflusst. Am meisten liegt dabei der Umgang der Menschen mit unserer Natur und die aus diesem Umgang resultierenden Folgen für uns alle, im Fokus meines Interesses, weshalb ich mich intensiver mit den ökonomischen Zusammenhängen rund um die verschiedensten Umweltprobleme beschäftige. (Reform des IWF´s und Einführung einer globalen Umweltsteuer)
Dieses erworbene Wissen möchte ich nun im Namen der SPD anwenden und die alten Strickmuster der Gesellschaft an unser Tempo unseres Jahrhunderts anpassen.
Ich will dir, lieber Genosse, aber auch nicht verschweigen, dass mein Leben nicht nur aus unserer Partei besteht, sondern dir auch noch kurz erzählen, mit welchen Terminen ich meinen Terminkalender befülle, wenn das mal nicht die unterschiedlichsten Gremien für mich erledigen.

Ich bin als Blechbläser – Trompete und Parforcehorn – in mehreren Chören aktiv, was auch jeweils Proben und Auftritte mit einschliesst. Wenn ich meine Mitmenschen mit meiner Musik genug genervt habe, durchfahre als Mitglied des Rendsburger Bicycle Club unser Kreisgebiet fast wöchentlich. Wenn dann noch ein paar kleine Lücken auftauchen sollen, verbringe ich diese Leerzeit mit meiner Freundin bei Besuchen gemeinsamer Freunde und beim Stöbern über die Flohmärkte dieses Landes, sowie beim Bekochen unserer Gäste in der Küche.

Ich hoffe, du konntest dir ein zufrieden stellendes Bild von mir machen und ich hoffe, dass du mir Deine Unterstützung gibst und wir gemeinsam den politischen Wechsel auf Kreisebene feiern können.

Auf den folgenden Seiten möchten wir Euch Jusos vorstellen, die in ihren Kommunen zur Wahl stellen. Es ist jedoch nur eine kleine Auswahl unserer KandidatInnen, die Euch einen Einblick gewähren soll.

Dänischenhagen

Name: Götz Borchert
Geburtsdatum: 20. Mai 1985
Listenplatz: 5
Direktkandidat im Wahlkreis 1
Beruf: Student (Politikwissenschaft, Öffentliches Recht, Neueste Geschichte)
Engagiert sich bei den Jusos als: Kreisvorstandsmitglied der Jusos Rendsburg-Eckernförde, Geschäftsführer der Juso-Hochschulgruppe, Landessekretär der Jusos Schleswig-Holstein, Vorstandsmitglied der SPD Dänischenhagen
Bisherige kommunalpolitische Erfahrungen: Bürgerliches Mitglied im Finanzausschuss
Kommunalpolitisches Ziel: Der Umweltpolitik in Dänischenhagen einen größeren Stellenwert geben und für einen neuen Politikstil sorgen.
„Kommunalpolitik kann direkt vor Ort etwas zum Besseren verändern. Für mich als Studenten ist es dabei besonders wichtig auch die Interessen junger Menschen und zukünftiger Generationen zu vertreten. Gemeinsam können wir für Chancengleichheit und damit auch für soziale Gerechtigkeit vor Ort sorgen."
Götz ist auch Kandidat für den Kreistag auf Listenplatz 30.

Altenholz

Name: Sina Marie Weiß
Geburtsdatum: 08.02.1987
Listenplatz: 3
Direktkandidatin im Wahlkreis 5
Beruf: Hebammenschülerin
Bisherige kommunalpolitische Erfahrung: bürgerliches Mitglied im Ausschuss Soziales, Schule, Jugend, Sport und Kultur
Kommunalpolitisches Ziel: Gleiche und faire Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen!

„Das Vorurteil, dass junge Erwachsene häufig politisches Desinteresse zeigen, werde ich aktiv und engagiert widerlegen. Ich stehe für eine Politik, die in Altenholz Gerechtigkeit, Solidarität und Fürsorge generationsübergreifend in den Mittelpunkt stellt. Sozial Benachteiligte dürfen nicht an den Rand gedrängt werden!"

Molfsee

Name: Elena Pieper
Geburtsdatum: 24.Juni 1986
Listenplatz: 5
Direktkandidatin im Wahlkreis Molfsee Dorf
Beruf: Studentin (Politikwissenschaft, Öffentliches Recht, Neueste Geschichte)
Engagiert sie bei den Jusos als: Kreisvorsitzende der Jusos Rendsburg-Eckernförde, Mitglied im SPD-Kreisvorstand
Kommunalpolitisches Ziel: Molfsee für Jugendliche und junge Familien attraktiver machen!

„Kommunalpolitik kann viel verändern, das direkt vor der Haustür stattfindet. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Molfsee nicht nur langweiliger Vorort ist, sondern lebendig wird! Deshalb sind mehr Angebote für Kinder und Jugendliche wichtig, die sich auch tatsächlich an ihren Bedürfnissen orientieren!“

Felde

Name: Hermann Alexander Bock
Geburtsdatum: 04. Juni 1981
Listenplatz: 6
Direktkandidat im Wahlkreis III, altes Dorf
Beruf: Student (Volkswirtschaftslehre)
Bisherige kommunalpolitische Erfahrung: Ich war von 2003 bis 2005 Gemeindevertreter in Felde. Dabei war ich Mitglied des Sozialausschusses, sowie des Kultur- und Sportausschusses, außerdem Mitglied im Kindergartenbeirat unserer Kita. Von 2003 bis 2006 war ich Vorsitzender der SPD-Felde. Von 1997-2000 war ich Vorsitzender des Jugendrates in Felde und von 2001-2005 Mitglied des Vorstandes in der Funktion des Pressewartes des TuS Felde e.V.. Gleichzeitig war ich Fußballobmann.
Kommunalpolitisches Ziel: Die Qualität der Kita insbesondere in der frühkindlichen Bildung verbessern, Einrichtungen des öffentlichen Lebens meiner Gemeinde dazu bewegen miteinander zu kooperieren, den Tourismus ankurbeln, Schulen der Gemeinden im Amt Achterwehr zur Zusammenarbeit bewegen.

„Ich engagiere mich in der Kommunalpolitik, weil meine Entscheidungen dort unmittelbar sichtbar sind. Ich kenne meine Gemeinde und diese kennt mich. Der Kontakt zu der Bevölkerung, genauso wie das Problembewusstsein meines direkten Umfeldes helfen mir bei der Entscheidungsfindung. Außerdem glaube ich, dass alle Altersgruppen in einem Gemeinderat vertreten sein sollten. Leider war das Durchschnittsalter in Felde immer weit über 50 Jahre und ich wollte mal einen Anfang machen das zu ändern.“

Kronshagen

Name: Eric Benjamin Ludwig
Geburtsdatum: 01. November 1983
Listenplatz: 7
Direktkandidat in Wahlkreis 7
Beruf: Student (Physik)
Engagiert sich bei den Jusos als: Kassenwart der Juso-Orts-AG Kronshagen
Bisherige kommunalpolitische Erfahrung: seit Ende Juni 2007 bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Verkehr und Kleingarten
Kommunalpolitisches Ziel: eine neue Kindertagesstätte für Kronshagen!

„Das knappe Jahr Mitarbeit in unserer Fraktion hat mir gezeigt, dass die schwarze Mehrheit im Ort mitunter Klientelpolitik nach eigenem Gutdünken betreibt und nach Einzelinteressen vorgeht. Deshalb möchte ich aktiver in der Gemeindevertretung mitwirken und unseren Ortsverein dabei unterstützen zu dieser Kommunalwahl die absolute Mehrheit der CDU aufzubrechen."

Eckernförde

Name: Christina Karkossa
Geburtsdatum: 02. Juni 1981
Beruf: Studentin (Biologie)
Listenplatz: 13
Direktkandidatin im Wahlkreis 12

Bisherige kommunalpolitische Erfahrung : Seit 2006 Leitung des Arbeitskreises Soziale Stadt und konzeptionelle Erarbeitung der Verbesserung der Kindertagesstättensituation in Eckernförde
Kommunalpolitisches Ziel: Ich möchte mich für die Belange der Bürger Einsetzten. Mein Engagement gilt dabei besonders der Sozialpolitik. Insbesondere jedem Heranwachsenden die gleichen Startmöglichkeiten zu ermöglichen, sind für unsere Gesellschaft existenziell. Schon im Kindergarten werden die Kinder spielerisch ans Lernen herangeführt und erlangen soziale Kompetenz durch das tägliche Miteinander. Dies kann aber nur durch Erhöhung der Betreuungsschlüssel und der Qualitätsstandards in Kindergarten und Schule gelingen. Unbedingt müssen wir wieder hin zu einem Füreinander und nicht weiterhin auf einen Zweiklassenstaat zusteuern, in dem soziale Ungerechtigkeit an der Tagesordnung steht.

„Ich rufe Euch allen zu: Kämpft gegen soziale Benachteiligung und setzt Euch ein für die Schwächeren, denn nur so erhält man eine gesunde Gesellschaft."

Bordesholm

Name: Yannic Hinz
Geburtsdatum: 04. April1988
Beruf: Schüler
Listenplatz: 11
Kommunalpolitisches Ziel: einen Einblick in politische Abläufe bekommen

„Für mich als Neuling gilt es zunächst einmal, mich einzufinden. Das soll allerdings nicht heißen, dass ich mich bei Diskussionen nicht konstruktiv durch meine Meinung in den politischen Prozess einbringen werde. Besonders am Herzen liegt mir das Thema der Sozialpolitik und die damit verbundene Frage nach Gerechtigkeit. Ich selbst würde mich im Gegensatz zu vielen anderen Jusos nicht dem linken Parteiflügel zuordnen. Für die SPD als so genannte Volkspartei ist es wichtig, Wähler aus zahlreichen Gruppierungen an sich zu binden, um nicht ständig als Juniorpartner der CDU zu enden.“

Bordesholm

Name: Sven Kornmayer
Geburtsdatum: 14. Februar 1989
Beruf: Schüler
Listenplatz: 9
Direktkandidat im Wahlkreis 4-Lindenschule
Kommunalpolitische Erfahrung: Aktionen des SPD-Ortsvereines
Kommunalpolitische Ziele: Schaffung einer "Bordesholmer Tafel", als nichtprofitable und günstige Einkaufsmöglichkeit für sozial- beziehungsweise finanzschwache Familien, Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe für Bordesholm, "Räume für Jugend"

„2007 habe ich gemeinsam mit Heiko Volkerts und Fabian Stegner die Jusi-Orts-AG Bordesholm wieder neu gegründet. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen treten bereits 3 unserer inzwischen 5 Mitglieder auf der SPD Liste an - davon zwei als Direktkandidaten. Ich sehe dies als Bestätigung für eine erfolgreich begonnenes Projekt "Jusos in Bordesholm", das sich vor allem durch inhaltliche Anregungen zum Kommunalwahlkampf und Präsenz bei öffentlichen Aktionen gut in die innerparteiliche und kommunale politische Arbeit eingeführt hat.“

Osterrönfeld

Name: Jan Niklas Potten
Geburtsjahr: 1988
Beruf: Schüler
Listenplatz: 4
Direktkandidat im Wahlkreis 5
Engagiert sich bei den Jusos als: stellvertretender Vorsitzender der Jusos Rendsburg, Büdelsdorf und Umland
Bisherige kommunalpolitische Erfahrung: Interessierter Zuschauer
Kommunalpolitisches Ziel: Neuer Politikstil, weg von unverständlichen Entscheidungen und Umgangsformen untereinander hin zu mehr Bürgernähe und Offenheit.

„Es mag sich der ein oder andere fragen, was hat der "Jung" in der Politik zu suchen, der hat doch gar keine Erfahrungen... Absolut richtig! Wie auch, wenn man so jung ist. Aber bedeutet jung sein gleich unerfahren und für Politik ungeeignet? Nein, vielmehr hat man als junger Mensch eine ganz andere Weise an Probleme und Fragestellungen heranzugehen. Man findet völlig unvorbelastet Lösungen, die auch der normal interessierte Bürger verstehen und nachvollziehen kann, was wohl Hauptunterschied zu den "alt" eingesessenen Politikern ist. Und noch eins am Rande: "Erfahrung heißt gar nichts. Mann kann seine Sache auch 35 Jahre schlecht machen" (Kurt Tucholsky). Oder sollte man vielleicht sagen, 5 Jahre??? ;-)“

Nortorf

Name: Moritz Deutschmann
Geburtsdatum: 25. Dezember 1989
Beruf: Schüler
Listenplatz:7
Direktkandidat im Wahlkreis 5
Engagiert sich bei den Jusos als: Beisitzer im Kreisvorstand der Jusos Rendsburg-Eckernförde
Bisher habe ich mich an meiner Schule engagiert, beispielsweise in der Schülervertretung (SV)
Kommunalpolitisches Ziel: Der Jugend in Nortorf eine Stimme geben!

„Wir Jugendlichen sind die Zukunft. Diese möchte ich als Stadtverordneter ein Stückweit mitgestalten.“

Büdelsdorf

Name: Marlon Kruse
Geburtsdatum: 14. September 1983
Beruf: Student
Listenplatz: 6
Direktkandidat im Wahlkreis 10(Friedrich Ebert Schule-Sportallee 19)
Engagiert sich bei den Jusos als: Vorsitzender der Juso-Orts-AG Rendsburg/Büdelsdorf/Umland
Bisherige kommunalpolitische Erfahrung: seit 2003 als direkt gewählter Stadtvertreter in Büdelsdorf aktiv
Kommunalpolitische Ziele: Dazu beitragen, dass vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden, dass es bezahlbaren Wohnraum und eine gute Infrastruktur gibt, dass das Freizeitangebot für Jugendliche ausgebaut und verbessert wird, (zum Beispiel ein attraktives Jugendcafe), dass die Kinderbetreuung kostenlos, ausgebaut und verbessert wird und die Gemeinschaftsschule eine gymnasiale Oberstufe erhält und in eine verbindliche Ganztagsschule umgewandelt wird.

"Nutze deine Chance und gehe am 25. Mai wählen! Mit deiner Stimme entscheidest du über die Zukunft in deiner Stadt/Gemeinde. Unterstütze eine sozial gerechte Politik für die sich die SPD in deinem Ort einsetzt!"

Rendsburg

Name: Saskia Alpers
Geburtsdatum: 29. Juli 1980
Beruf: Sonderschullehrerin
Listenplatz: 13
Direktkandidatin im Wahlkreis 13
Bisherige kommunalpolitische Erfahrung: Bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
Kommunalpolitisches Ziel: Meinen Schwerpunkt sehe ich aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen in der Kinder-/Jugend- und Bildungspolitik. Ob nun die Veränderungen in der Schulpolitik, eine flexible Kinderbetreuung oder die Jugendarbeit in der Stadt, es gibt viele Herausforderungen die in den kommenden Jahren zu bewältigen sind und an denen ich gerne mitarbeiten möchte.

„Ich freue mich bei dieser Wahl als Direktkandidatin antreten zu dürfen und hoffe in die Ratsversammlung zu kommen, um dort ein wenig mehr „Jugendlichkeit" hineinzubringen. Also alle Kräfte mobilisieren und am 25.Mai zur Wahl gehen!
Liebe Grüße aus Rendsburg, Eure Saskia."

Dr. Frank Martens - Der neue Landrat

Am 25. Mai 2008 wird unserem Kreis zusammen mit der Kommunalwahl auch ein neuer Landrat gewählt. Ich bewerbe mich um dieses Amt und freue mich als ehemaliger STACHEL-Chef-redakteur ganz besonders, mich hier kurz vorstellen zu können.

Ich bin ein Kind der Region – hier bin ich geboren, aufgewachsen, hier habe ich mein Abi gemacht und meinen Zivildienst absolviert.

In die Arbeit als Landrat werde ich vor allem meine langjährigen Erfahrungen aus freier Wirtschaft und Kommunalpolitik einbringen.

Als ehemaliger jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion liegen mir dabei die Interessen von Kindern und Jugendlichen besonders am Herzen.

Vor meinem Jura-Studium habe ich eine Ausbildung als Bankkaufmann absolviert. Als Rechtsanwalt habe ich große und mittelständische Unternehmen beraten und umfangreiche Projekterfahrung gesammelt. Mit diesen Erfahrungen aus der freien Wirtschaft kann ich für frischen Wind in der Kreisverwaltung sorgen.

Wir brauchen einen Landrat, der integrieren kann und sich sachlich und unaufgeregt den Herausforderungen des Kreises widmet. Ich möchte eine Verwaltung mit effizienten Strukturen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen, die ihre Leistun-gen bürgernah und kundenorientiert erbringen.

Dafür setze ich mich besonders ein:

- einen familienfreundlichen Kreis
- mehr Chancen für Kinder und Jugendliche
- Wirtschaft fördern, Umwelt schützen
- eine bürgerfreundliche Verwaltung

Das Vermögen des Kreises darf nicht verschleudert werden. Die Empfehlung zu Privatisierungen – koste es, was es wolle – wird es mit mir daher nicht geben. Insbesondere unsere Krankenhäuser müssen in Trägerschaft des Kreises bleiben.

Mehr über mich und meine Ziele als Landrat gibt es im Internet unter:
www.frank-martens.de.

„Geht hin und wählt!“

Andreas Breitner, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender, ist seit 2002 Bürgermeister der Stadt Rendsburg. Außerdem ist er Landesvorsitzender der „Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK).

STACHEL: Seid wann bist du kommunalpolitisch aktiv und was hat dich dazu gebracht aktiv zu werden?

Andreas: Ich bin seit 1985 kommunalpolitisch aktiv und seitdem auch Mitglied der SPD. Es ging damals in meiner Heimatgemeinde Schwedeneck um eine verbesserte Jugend- und Kinderbetreuung. Das hatte mich sehr interessiert. Zunächst wurde ich Bürgerliches Mitglied im Jugend- und Sozialausschuss. Es war schon damals so, dass wir Sozialdemokraten vor Ort versuchten, Bildungschancen zu verbessern und Umweltschutz auch lokal zu praktizieren. Im März 1989 „schmückte“ der damalige Juso-Kreisvorstand mit mir als Landesausschussvertreter übrigens das Titelbild des STACHELS.

STACHEL: Warum ist es aus deiner Sicht besonders wichtig, dass die SPD die Kommunalwahlen 2008 gewinnt?

Andreas: Bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren kam es nicht zu einer Bewertung unserer Arbeit, sondern bundespolitische Einflüsse gaben den Ausschlag für ein schlechtes Wahlergebnis der SPD. Das war bitter, denn wir hatten vor Ort gute Arbeit geleistet. Seitdem hat die CDU nichts Vernünftiges aus ihren Mehrheiten gemacht. Im Gegenteil: Verkaufen, Verscheuern und Versilbern ist kein Politikinhalt, sondern hat dazu geführt, dass soziale Strukturen zerstört wurden. Dafür gibt es vor allem in den Städten viele Beispiele. Mit der Erfahrung der vergangenen fünf Jahre bin ich der Überzeugung, dass der CDU schlicht die Kompetenz fehlt, Kommunen und besonders Städte zu regieren. Wir wollen unsere Politik der Bildungschancen für alle und eine aktive Umwelt- und Beschäftigungspolitik mit eigenen Mehrheiten umsetzen. Auch das Thema Mindestlohn ist ein kommunalpolitisches Problem. Die Hungerlöhne von heute sind Hungerrenten von morgen. Gleichzeitig entscheidet der Ausgang einer Kommunalwahl mit über die Schlagkraft der SPD Schleswig-Holstein. Viele Mandate bedeuten auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Damit können wir dann für die Mitarbeit in der SPD werben.

STACHEL: Gibt es dafür konkrete Beispiele aus deiner Stadt Rendsburg oder deiner Heimat Schwedeneck?

Andreas: Zu Schwedeneck kann ich wenig sagen. Da habe ich die Kommunalpolitik etwas aus den Augen verloren. In Rendsburg hat die CDU versucht, die städtische Seniorenwohnanlage zu verkaufen und die Raumpflege in den städtischen Gebäuden zu privatisieren. Letztes hätte dazu geführt, dass rund 60 Arbeitsplätze gefährdet gewesen wären. Alles Frauen, viele davon allein erziehend. Im Kreistag hatte die CDU die Privatisierung des Kreishafens und vor allem des Kreiskrankenhauses

beabsichtigt. In allen Fällen hat erst der Widerstand der SPD, der Betroffenen selbst und der Gewerkschaften zur Einsicht geführt. Das hat uns viele Energie gekostet. Die hätten wir lieber in den Ausbau sozialer Strukturen gesteckt.

STACHEL: Die 5%-Hürde ist gefallen. Chance oder Gefahr?

Andreas: Ich sehe das nicht so kritisch. In Rendsburg sind 2003 die Grünen als Wählergemeinschaft gestartet und an der 5 %-Hürde gescheitert. Das war sehr schade. Ohne 5 %-Hürde und damit mit den Grünen wäre es

nicht zu einer absoluten Mehrheit der CDU gekommen. Zur Erringung eines Mandates braucht man in den ländlichen Kommunen auch jetzt weit mehr als 5 % der Stimmen. Nur in den Städten und für den Kreistag spielt die 5 %-Hürde eine Rolle. In Rendsburg sind jetzt rund 3 % für den Einzug in die Ratsversammlung erforderlich. Ich sehe darin keine Gefahr sondern eher eine Chance. Unsere Stadtparlamente werden bunter und lebendiger.

STACHEL: Du bist auch SGK-Landesvorsitzender. Welche Rolle spielt die SGK bei den Kommunalwahlen?

Andreas: Die SGK ist der Anwalt der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen in Schleswig-Holstein. Wir vertreten deren Interessen. Ob im Dialog mit der Landtagsfraktion, der Landesregierung oder den Kommunalen Spitzenverbänden, überall werben wir für unsere Positionen. Gleichzeitig stehen wir unseren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. Im Vorfeld der Kommunalwahl haben wir uns in die Wahlkampfkommission der Landes-SPD eingebracht und beraten unsere Mitglieder im Wahlkampf. Dies gilt übrigens auch für die parallel stattfindenden Direktwahlkämpfe. Wir wollen wieder mehr rote Rathäuser in Schleswig-Holstein.

STACHEL: An die Erstwählerinnen und Erstwähler: Warum am 25. Mai wählen gehen?

Andreas: Wer nicht mit entscheidet, hat auch keinen Anspruch darauf, mit zu bestimmen. Geht hin und wählt! Es geht um Eure Gemeinde, Stadt oder Kreis.

STACHEL: Vielen Dank, Andreas!

Altenholz und Umgebung
Ansprechpartner:
Sascha Paetznick
sascha.paetznick@gmx.de

Rendsburg / Büdelsdorf / Umland
Ansprechpartner:
Marlon Kruse
marlonkruse@spd-online.de

Bordesholm
Ansprechpartner:
Sven Kornmayer
svenkornmayer@web.de

Nortorf
Ansprechpartner:
Moritz Deutschmann
you_little.swine@web.de

Kronshagen
Ansprechpartner:
Lasse Mempel
lassemempel@gmx.de

www.jusos-rd-eck.de

Eckernförde
Ansprechpartner:
Jonas Kramer
info@jusos-eck.de /
JoKra@gmx.net

Gettorf und Umgebung
Ansprechpartner:
Thomas Stegemann
gettorf@jusos-rd-eck.org

Jusos
Rendsburg-Eckernförde